



München, 11.02.2019

## SPD fordert mehr naturnahen Tourismus

### Tourismuspolitische Sprecherin Martina Fehlner: Bayern muss als Reiseland fit für die Zukunft gemacht werden

Die tourismuspolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion **Martina Fehlner** fordert anlässlich der heute veröffentlichten Tourismuszahlen für Bayern mehr Engagement der Staatsregierung in den naturnahen Tourismus. "Der Klimawandel wirkt sich bereits auf den Tourismus aus", betont Fehlner. "Wir brauchen daher so rasch wie möglich ein schlüssiges Gesamtkonzept für die nachhaltige Tourismusedwicklung in Bayern. Es müssen konkrete Maßnahmen getroffen werden, um beispielsweise die betroffenen Mittelgebirgs- und Alpenregionen dabei zu unterstützen, sich unabhängiger vom Schnee zu machen und Alternativangebote zu entwickeln."

Nachdrücklich unterstütze die SPD-Fraktion Staatsminister Aiwanger in seinem Bemühen, insbesondere den ländlichen Raum zu stärken und die bayerische Wirtshauskultur zu fördern, indem zukünftig kleinere Gasthöfe außerhalb von Großstädten bei Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen unterstützt werden sollen. „Wir können uns freuen, dass Bayern nach wie vor das beliebteste Reiseland in Deutschland ist. Das haben wir vor allem den engagierten Leistungsträgern vor Ort zu verdanken, die alles dafür tun, dass sich die Gäste in Bayern wohlfühlen“, betont Fehlner.

Der Fokus der Tourismusförderung sollte auch auf bisher weniger frequentierten Regionen liegen: "Oberbayern und Schwaben boomen - auch und insbesondere als Tourismusdestinationen. Einige Orte in Unter- und Oberfranken und der Oberpfalz haben hingegen noch Wachstumspotential. Hier müsste die Staatsregierung den Tourismus stärker unterstützen. Das ist auch wichtig für die Wirtschaft vor Ort."

Darüber hinaus fordert Fehlner, einkommensschwächere Familien mehr zu unterstützen. "Jeder hat ein Anrecht auf Erholung", betont die unterfränkische Abgeordnete. "Was wir brauchen,

ist deshalb ein gutes bezahlbares Angebot an Jugend- und Familienerholungseinrichtungen. Menschen, die sonst keinen Urlaub machen können, müssen geförderte Angebote erhalten."